

Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

Erscheint wöchentlich ein Mal
Freitags.

Anzeigen die viergespaltene
Beitragseite 20 Pf.

Im Abonnement nach Uebereinkunft.
Arbeitsvermittlung frei.

Abonnement vierteljährlich
75 Pf., bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Postzeitungspreisliste Nr. 2174.
Redaktion und Expedition:
Berlin S.W.,
Alexandrinenstr. 113, II.

des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner)

und verwandten Berufsgenossen

(Girsch-Dunker).

Nr. 11.

Berlin, den 18. März 1898.

IX. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an R. Wahlke, Berlin S.W., Alexandrinenstr. 113, Geldsendungen an F. Liebau, Berlin S.W., Alexandrinenstr. 113 zu adressiren.

Der badische Fabrikinspektionsbericht für 1897.

(Schluß.)

Auch die zehnstündige Arbeitszeit in der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes, heißt es in obigem Bericht, ist fast allgemeine Regel. In verschiedenen großen Fabriken des Landes ist bereits die Arbeitszeit auf 9¹/₂ Stunden herabgesetzt und es besteht die Absicht, nach einiger Zeit zur neunstündigen Arbeitszeit überzugehen. Die Arbeitgeber sprachen sich über die Verkürzung der Arbeitszeit vorwiegend günstig aus; schon wenige Wochen nach Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß die Arbeiter in der verkürzten Arbeitszeit 7–8% mehr verdienen als früher. Bei Besichtigung dieser Betriebe fällt gegenüber anderen Betrieben die wirksame und mit angespannter Aufmerksamkeit verrichtete Thätigkeit der Arbeiter auf. Von einer großen Uhrenbestandtheil-Fabrik in Triberg wird hervorgehoben, daß seit Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit nicht nur gleichviel, sondern mehr geleistet würde, als früher in elf Stunden. Die Vermehrung der Leistungen wird wesentlich dem seit der Verkürzung der Arbeitszeit eingetretenen Wegfall der Vesperpause zugeschrieben. Nach derselben hätte früher, da in der Regel jeder Arbeiter eine Flasche Bier getrunken habe, ein merkbarer Rückgang der Leistungen stattgefunden, der nun weggefallen sei.

Auch die vielgeschmähte Bäckerverordnung scheint sich im Großherzogthum wider Erwarten rasch eingelebt zu haben. Irgend welche nachtheilige Wirkungen oder schwere wirtschaftliche Schädigungen konnten seitens der Fabrikinspektion nirgends wahrgenommen werden; „bei den Bäckermeistern, die im Vorjahr wegen Uebertretung der Sonntagsruhe bestraft wurden, ist jetzt alles in Ordnung“. Das in der Tagespresse oft erwähnte Schwinden des guten Einvernehmens zwischen Meister und Gesellen oder die Einbuße der Autorität der Meister ist nirgends bemerkt worden. Nur in einigen kleineren Orten sagten die Meister mit kleinem Betriebe, die Bäckerverordnung sei der Ruin des Bäckererwerbes. Als sie darauf aufmerksam gemacht wurden, daß in ihrem Betriebe die zulässige Arbeitszeit nicht in Anspruch genommen werde, beriethen sie sich darauf, daß diese Wirkung in den Fachzeitschriften wiederholt nachgewiesen worden sei. Aus eigener Wahrnehmung konnten auch sie nichts nach dieser Richtung mittheilen.

Um so unerfreulicher sind die Mittheilungen über Arbeitszeiten in verschiedenen Gewerbegruppen, die ganz unglaublich erscheinen möchten, wenn sie nicht in einem amtlichen Jahresberichte als Ergebnisse polizeilicher Erhebungen mitgetheilt würden. So beträgt in verschiedenen größeren Städten des Großherzogthums die durchschnittliche Arbeitszeit der Trambahn-Schaffner und Kutscher 16 Stunden; während dieser Zeit haben sie eine einzige Pause von 15 Minuten zum Einnehmen des Mittagessens; außerdem hat das Personal noch die Extratouren, wie Nacht- und Theaterwagen, abwechselnd zu fahren; in diesen Fällen verlängert sich die 16 stündige Arbeitszeit noch um 1–2 Stunden. Der Dienst der Stallleute dauert 18¹/₂–19 Stunden, die durch Pausen von zusammen zwei Stunden unter-

brochen werden; alle 12 Tage wird ihnen ein freier Tag gewährt. Ähnliche Zustände scheinen noch in manchen Konfektions- und Wäschegeeschäften, in Bazaren und Badengeschäften, in kleineren Sägemühlen und Ziegeleien zu bestehen. Von einer Ortskrankenkasse wird berichtet, daß in den in dieser Beziehung hinlänglich bekannten Kurzwaarengeschäften und in Damenkleidergeschäften die Mädchen Abends nach Schluß des Ladens noch bis 10, 11 Uhr und theils noch über Mitternacht zum Arbeiten angehalten würden. Dagegen seien die jungen Mädchen so gering bezahlt, daß sie mit ihrem Lohn unmöglich ihr Leben zu fristen vermöchten. Die Zahl der an Anämie (vermindertem Blutgehalt) und Chlorose (Bleichsucht) leidenden Mädchen sei eine ungewöhnlich hohe. — In ähnlicher Weise sind bei den Ziegeln in Folge der übermäßigen Arbeitszeit Lunenkatarrhe, die gern in Schwindsucht übergehen, rheumatische Gelenksrheumatismen und besonders Fußgeschwüre (wegen der anhaltenden stehenden Beschäftigung) stereotype, wiederkehrende Krankheiten.

Die Zahl und Bedeutung der Arbeitseinstellungen war im Berichtsjahr eine erheblich geringere als in früheren Jahren; auch hastet ihnen die Unreise vieler Arbeiter in der Behandlung dieser Angelegenheiten viel weniger an. Besonders ist insofern eine Besserung eingetreten, als die Arbeiter weniger als früher versuchten, ihre Forderungen mit Hartnäckigkeit durchzusetzen, sondern, daß sie sich fast durchweg zu Unterhandlungen bereit zeigten. In mehreren Fällen — gewiß ein Zeichen kluger Realpolitik — sprachen die Arbeiter es geradezu aus, daß sie vollkommen zufrieden wären, wenn sie nur von Zeit zu Zeit einen kleinen Vortheil erringen könnten. — Fast ausnahmslos wurden die Kündigungsfristen eingehalten. Auf eine Umfrage der badischen Fabrikinspektion, in welchem Umfange die Arbeitseinstellungen des Berichtsjahres zu Bergehen gegen den in diesen Tagen viel genannten § 153 der Gewerbeordnung (Anwendung von Zwang u. s. w.) Anlaß gegeben hätten, haben von 9 Staatsanwaltschaften des Landes 7 mitgetheilt, daß keine Anklagen erhoben wurden; nur in 2 Bezirken, Mannheim und Freiburg, wurden in 2 bezw. 3 Fällen Anklagen erhoben. Uebertretungen des Truerverbotes kommen in der Hauptsache nur noch durch Kreditoren in den Kantinen vor; immerhin kann auch hier eine Abnahme dieser Uebertretungen gegenüber früher festgestellt werden.

So erfreulich all diese Fortschritte und Besserungen sind, eine Klage von weittragender Bedeutung kehrt auch im 1897er Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion wieder: die Klage über die Wohnungsnoth in den industriellen Gegenden des Landes. Die Wohnungsmisere mit ihren für die Arbeiterbevölkerung so nachtheiligen Folgen hat noch weiter zugenommen. Allerdings ist der Leiter der badischen Fabrikinspektion weit entfernt, die Schuld an diesen Uebelständen ausschließlich den Arbeitgebern oder den Gemeindeverwaltungen zuzuschreiben. Die Arbeiter selbst haben bisher nur sehr wenig dazu beigetragen, daß die Mängel des jetzigen Zustandes in sachlicher Erörterung genügend aufgeklärt worden sind: „sie wären wohl in der Lage gewesen, über den ungeeigneten Raum der den Arbeitern zur Verfügung stehenden Miethwohnungen, über die schlimmen Folgen dieses Mißstandes, über Miethpreise u. s. w. belehrende Mittheilungen zu machen.“ Die außerordentlich anerkanntenswerthen Bemühungen einer großen Firma, eine Genossenschaft zur Erbauung von

Arbeiterwohnungen zu gründen, scheiterten an der völligen Interesslosigkeit der Arbeiter. Es sind daher am Ende des Berichtsjahres Versuche durch Gründung von gemeinnützigen Bauvereinen gemacht worden, als aber auch das planmäßige Vorgehen des Oberbürgermeisters von Mannheim, dem Wohnungselend zu steuern, nicht unerwähnt sein mag.

Wie alljährlich, so zeichnet sich auch der vorliegende Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion durch eine überreiche Fülle von interessanten und bedeutsamen Gedanken und Beobachtungen aus; auch im 1897er Bericht weht der altgewohnte frische Wind einer zielbewußten, von keinerlei Tagesströmungen abhängigen Sozialpolitik; aber Eins (und das ist vielleicht die Hauptsache) muß besonders erwähnt werden: Von einem Stillstand oder Rückgang der badischen Sozialpolitik kann nicht die Rede sein!

Die englische Regierung und die Trade-Unions.

Die neuesten Enthüllungen über den Maschinenbauerkampf sind recht merkwürdiger Art. Nicht den Unternehmern gebührt die Ehre des mit so reichlichem Aufgebot von Papier und Druckerschwärze hüben und drüben verkündeten Halbleges, sondern der englischen Regierung können die Trade-Unions es anrechnen, daß einer ihrer mächtigsten Verbände trotz bewundernswerther Aufopferung keinen Sieg zu erringen vermochte. Als der Unternehmerverband den Gewerkeverein der Maschinenbauer in brutaler Weise angriff, indem er alle seine Mitglieder unter nichtigem Vorwande von der Arbeit ausschloß, nur weil sie jenem Gewerkeverein angehörten, da hatten die Arbeiter mit allem Rechte auf die Unterstützung des Staates gegenüber jener unberechtigten Vergewaltigung gehofft. Was von einer konservativen Regierung zu erwarten ist, das haben die neuesten Parlaments-Verhandlungen gezeigt. Der Staat oder wenigstens das hier in diesem Falle in Betracht kommende Marineministerium hatte gemeinsame Sache mit den Unternehmern gemacht. Der Arbeiterrieg war entschieden, wenn die Unternehmer zum Innehaltenden der kontraktlich festgesetzten Lieferungsstermine veranlaßt wurden, denn die für den entgegengesetzten Fall zu zahlenden Strafen hätten nur einen Wahnsinnigen eine Fortsetzung des Kampfes gegen die Arbeiter lohnend erscheinen lassen. Man weiß nunmehr, daß die Unternehmer auf irgend eine Weise Nachricht davon hatten, daß der Staat auf Zahlung der fälligen Strafen für nicht gehaltene Lieferungsfrist verzichten würde, und Minister Goschen hat thatsächlich im Parlament auszusprechen gewagt, daß er die Unternehmer für die eingetretene Verzögerung der Schiffsbauten nicht verantwortlich mache. Die Sachlage wird durch diese Enthüllung eine ganz gefährliche. Die Trade-Unions, bisher der Ueberzeugung, daß der Staat ihren Bestand und ihre Rechte schützen werde, sehen diesen plötzlich im Bunde mit den Kapitalisten. Der Erfolg dieser Wahrnehmung ist klar. In Zukunft wird den Mitgliedern der Trade-Unions, welche bisher konservativ waren, der Weg vorgezeichnet sein, und die liberalen Stimmen werden an Zahl gewaltig wachsen. Schon die letzten Wahlen haben den Konservativen Niederlagen gebracht, die nahe Zukunft wird zu einem liberalen Siege führen. Wird damit zugleich ein Sieg der Trade-Unions erreicht sein? Nicht ganz, denn noch vor kurzer Zeit wagten die Liberalen ein Mitglied des Unternehmer-Verbandes als Parlaments-Kandidaten aufzustellen. Jetzt sind die Herren allerdings in der Wahl ihrer Kandidaten vorsichtiger geworden und nahmen den letzten sogar aus den Trades-Unions selbst, aber fest vertrauen können die Unions trotzdem nur auf ihre eigene gewaltige Kraft. Sie müssen — das ist die Lehre des an ihnen von Seiten einer reaktionären Regierung verübten Verraths — sich so stark machen, daß sie in Zukunft den Kampf nicht nur gegen die Unternehmer, sondern, wenn nötig, auch gegen das Ministerium führen können. Diese Frage ist keine politische, sie ist in erster Linie eine Geldfrage. Der ganze Handel und Wandel eines Staates läßt sich in heutiger Zeit nicht still legen, ohne den Staat als solchen ernstlich zu gefährden. Ist der Trade-Union-Verband erst pekuniär stark genug, einen kämpfenden Verband gegen den Ansturm des Bundes von Kapital und Ministerium zu schützen, so wird auch der letztere eine Niederlage der angegriffenen Union nicht mehr herbeizuführen vermögen. Der beendigte Maschinenbauerkampf hat eine Verzögerung des Flottenprogramms um die ganze Zeit seiner Dauer herbeigeführt. Die Möglichkeit der Fortführung dieses Kampfes auf Jahre — wie sie der Verband der Unions vereinst geben wird — würde die Verteidigungsfähigkeit des Gewerkevereins und damit die Verhinderung der Durchführung des Flottenprogramms auf beliebige Zeit ermöglchen. Jedes Ministerium, welches daher in Zukunft einen frivolen Angriff auf die Arbeiterrechte unterstügen wollte, würde die Wehrkraft des Landes so schädigen, daß es sich des Landesverraths schuldig machen würde. So unglaublich fern dem deutschen Leser auch die Zeit scheinen mag, in der thatsächlich die Mehrheit des Volkes, der Arbeiterstand, vorschreibt, was im Interesse des Staates ist und was nicht, in England ist die Zeit jetzt nahe, und den Dank wird man den Maschinenbauern schulden, welche unterliegend zeigten, daß ein Wandel nötig ist, da der konservative Staat nicht das Interesse der Mehrheit, sondern das Interesse einiger Kapitalisten im Auge hat. Jeder Arbeiter, welcher noch nicht einer Trade-Union angehört, der aber genügend Verstand hat, um das Benehmen des augenblicklichen Ministeriums richtig zu würdigen, wird sich den Gewerkevereinen nunmehr anschließen zum Kampfe gegen die Reaktion, die in der Luft zu liegen scheint, da sie allenthalben ihr Haupt erhebt. Die englische Regierung wird ihre Parteinahme gegen die Trade-Unions baldigst bitter zu bereuen haben!

Kurz vor Schluß des Blattes geht uns aus Landsberg a. W. die Mittheilung zu, daß die dortige Tischlerinnung ohne Anhehrung der beteiligten Gesellen eine Werkstättenordnung mit dem 1. März in Kraft treten ließ, der in verschiedenen Punkten nicht zugestimmt werden kann. Da demgemäß eine Massenentlassung von Berufskollegen eintritt, ist vor-

läufig von jeder Nachfrage nach dort Abstand zu entnehmen. Ein zu erwartender, die Angelegenheit eingehend beleuchtender Bericht sehen demnach entgegen.

Aus den Ortsvereinen.

Rathenow. Infolge der sich mehr und mehr steigenden Lebensmittelpreise, vor allen Dingen aber der Wohnungsmiethen, da trotz der großen Bauhätigkeit aber an die Herstellung kleiner, sogenannter Arbeiterwohnungen nicht herangetreten wird, sahen sich die Tischler, Stuhlmacher und die Maschinenarbeiter genöthigt, nunmehr auch mit Aufbesserung der Lohnpreise vorzugehen. Ein demgemäß ausgegearbeiteter Tarif verlangt nun im Wesentlichen für Tischler und Polirer einen Minimallohn von M. 18,— pro Woche oder Stundenlohn von 35 Pf.; für Maschinenarbeiter M. 16,50 per W. 30 Pf. für die Stunde. Auch die Lieferung von sämtlichen gemeinsamen Werkzeug sowie Sandpapier, Politur u. s. w. Auch die Arbeitszeit von Morgens 6 Uhr bis 6 Uhr Abends mit je einer halbstündigen Vor- und Nachmittags- wie 1 1/2 stündigen Mittagspause geregelt festzustellen, enthielt der Tarif. Diese und noch einige andere Punkte den drei Fabrikanten, wie den Tischlermeistern von Rathenow am 7. März unterbreitete Vorlage fand nicht die Zustimmung der Arbeitgeber, so daß die am Abend des 7. März anberaumte große Versammlung nach einem Referat des Gen. A. Gütther-Berlin beschloß, vorläufig in den Ausstand einzutreten, jedoch eine aus dem Ortsverein der Tischler und verw. Berufsgenossen zu wählende Kommission zu beauftragen, am 8. März unter Hinzuziehung des vorgenannten Referenten mit den Arbeitgebern, insbesondere den hiesigen drei Fabrikanten in persönliche Verbindung zu treten. Das Resultat dieser Verhandlungen war bei der Firma A. Nowitz im Allgemeinen kein ungünstiges, wengleich die für die Maschinenarbeiter gestellte Forderung, denen bis dahin schon M. 15,— per Woche gezahlt wurde, im vollen Umfange nicht zugestanden ist. Auch die Firma Heller & Bagenkopf sagte die Aufbesserung, wie sie die vorgenannte Firma in Aussicht stellte, zu, erlucht jedoch um einige Tage Bedenkzeit. Anders lag jedoch das Verhältniß bei der Firma Schmidt & Co., dessen Inhaber sich zunächst, da er kurz vorher von gegnerischer Seite über sein Verhalten befragt worden war, zu Nichts verstehen wollte, doch nach sachgemäßer Auseinandersetzung der Gewerkevereins-Kommission sich im Allgemeinen mit den Forderungen einverstanden erklärte, jedoch mit dem Bedenken, daß er den Maschinenarbeitern nichts zulegen könne, dieselben überhaupt entlassen seien. Erwähnt sei jedoch noch, daß, wie die Rücksprache bei der Firma A. Nowitz ergeben, die dortigen Verhältnisse im Allgemeinen, mit Ausnahme der Maschinenarbeiter, günstig gestaltet, die Stuhlmacher sich daher nicht zu betheiligen beabsichtigten, die ganze Angelegenheit dadurch eine andere Wendung bekam, daß am Mittwoch an Stelle der entlassenen Maschinenarbeiter Hilfskräfte aus der Strafanstalt (II) herbeigebracht waren. In demselben Augenblick jedoch erklärten die Stuhlmacher, die Arbeit niederzulegen, als daß sie mit Sträflingen gemeinsam arbeiten sollten. Doch am Nachmittage genannten Tages waren dieselben, „Holzverwandler“ und Gewerkevereiner, letztere erst seit wenigen Wochen Mitglied, schon wieder an der Arbeit, mit Ausnahme zweier langjähriger Gewerkevereinsmitglieder, die es mit ihrer Ehre als freie Arbeiter nicht vereinbaren konnten, mit Sträflingen unter einem Dach zu arbeiten. Jenen „Genossen“ aber wird klar gemacht werden, was dieselben unter Arbeitethre und Manneswort zu verstehen haben. Durch das Heranziehen von Gefängnisinsassen zur Konkurrenz mit den freien Arbeitern ist aber erwiesen, wie wenig die Bestimmungen des Koalitionsrechts geachtet werden. Aufzuklären bleibt aber immer noch, wie es mit den gesetzlichen Bestimmungen zu vereinbaren ist, wenn jedem Sträfling Messer und ähnliche scharfe Werkzeuge zur Sicherheit abgenommen, hier aber an den scharf wirkenden Maschinen gestellt werden! Welche Berufsgenossenschaft übernimmt bei etwaiger Verunglückung in solchen Fällen die Verantwortung? u. A. u. g. — Eine am Sonntag, den 13. März, Nachm. 8 Uhr, im Vereinslokal abgehaltene gut besuchte außerordentliche Vereinsversammlung, der der Vorsitzende unseres Generalrats, Gen. A. Bahle-Berlin beiwohnte, erfuhr zu ihrem Erstaunen, daß die Aussicht zur Bewilligung des wesentlichsten Theils der aufgestellten Punkte insofern etwas zweifelhaft geworden ist, als angeblich durch eine gehässige Notiz in der gegnerischen Presse, die am Donnerstag, den 10. März, von dieser Seite wieder vorstellig gewordene Kommission von den Fabrikanten rundweg abgewiesen wurde, mit dem Bedenken, nur mit den eigenen Leuten Besprechungen pflegen zu wollen. Die hierüber in ausgiebigster Weise stattgehabte Diskussion zeitigte denn auch den einstimmigen Beschluß, sofort am Montag, den 14. März, die Gewerkevereinskommission zu entsenden, um zur möglichsten Anerkennung der etwas modifizierten Punkte der Forderungen beizutragen. Doch zum Gelingen der so notwendigen Aufbesserung der Löhne ist die Einigkeit der Berufskollegen erforderlich, die jedoch noch viel zu wünschen übrig läßt. Hoffen wollen wir aber doch, daß in letzter Stunde hieran nicht zu zweifeln sein wird, um so weniger als Zudrang von auswärts sich nicht bemerkbar machen dürfte.

Stolp i. P. Der hiesige Ortsverein der Tischler und Drechsler hielt Sonntag, den 13. März, Vormittags 11 Uhr eine öffentliche Gewerkevereins-Versammlung der Tischler ab, welche auch äußerst stark besucht war, um zu unseren Lohnverhältnissen Stellung zu nehmen. Bekanntlich hatten die hiesigen Arbeitgeber im Oktober v. J. unsere damals gestellte Forderung eines Stundenlohns von 20—30 Pf. nicht ganz bewilligt, sondern nur 10 Prozent Erhöhung des bisherigen Lohnes und die 10stündige Arbeitszeit zugleich mit dem Versprechen, das noch Fehlende der Forderung zum April zu bewilligen, wodurch auch eine Einigung erzielt wurde. Im Januar d. J. veröffentlichten die Arbeitgeber eine Annonce, in welcher sie der werthen **Randschaft** mittheilten, daß sie jetzt 15 % mehr Lohn zahlen

müßten und das Holz auch theurer geworden sei, und sich daher genöthigt sehen, für die Arbeit 25 % Aufschlag zu fordern. Auf diese Bekanntmachung hin berief der hiesige Ortsverein der Tischler eine öffentliche Gewerkevereins-Versammlung zum 27. Februar ein, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, die Herren Arbeitgeber an ihr Versprechen vom Oktober v. J. höflichst zu erinnern. Auf dieses Schreiben ging leider nur eine Antwort von der Firma Decker & Blau, worin diese erklärte, sich mit ihren Angestellten allein einigen zu wollen, was auch allgemein Anklang fand. Der Obermeister der Innung dagegen hatte kurzer Hand erklärt, sich mit dieser Sache nicht zu befassen. Die übrigen Arbeitgeber bewahrten Stillschweigen. In der nun darauf folgenden öffentlichen Gewerkevereins-Versammlung vom 13. März wurden nochmals die einzelnen Punkte durchgenommen und von sämtlichen Rednern hervorgehoben, daß namentlich durch die Wasserleitungsanlagen die Mieten rapide gestiegen und die Lebensmittel die Preise der Großstadt fast übersteigen. Die Versammlung erkennt allgemein an, daß die Forderung eines Stundenlohnes von 20—30 Pf., also die Woche 12—18 Mark, ebenso gerecht wie billig ist. Ferner gab die Versammlung allgemein dem Gedanken Raum, daß die Herren Arbeitgeber auch auf diese gerechte Forderung eingehen werden, zumal sich die von Stolz ausgehende Arbeit nach Berlin, Posen, Ost- und Westpreußen, ja selbst nach Süddeutschland trotz der verhältnismäßig hohen Fracht noch billiger stellt als an den Exportorten, wie sogar unser Lokalblatt behauptete. Es wurde demgemäß beschlossen, den Arbeitgebern zum 19. März die gesetzmäßige Kündigung von 14 Tagen zugehen zu lassen und, falls keine Einigung erzielt werden sollte, zum 4. April in eine Lohnbewegung einzutreten. Der Zuzug ist deshalb fernzuhalten.

Posen. Im Ortsverein der Tischler hieselbst, hielt am Sonntag, den 20. Februar, Nachm. 5 Uhr, nachdem die geschäftlichen Punkte erledigt, Herr Ed. Kudat vor einer zahlreichen Zuhörerschaft, welche aus Mitgliedern, Verbandsgenossen und Gästen bestand, einen zweiündigen sehr interessanten Vortrag über: „Görbersdorf und seine Bedeutung für Lungenfranke“. Redner begann seinen Vortrag mit den Worten: „Eine tadellose Gesundheit ist das herrlichste Gut des Menschen und auf die Erhaltung derselben müsse man das größte Augenmerk richten“. Nun sprach der Vortragende über das Arbeiten in der staubgeschwängerten Atmosphäre, das Wohnen in kleinen ungesunden Räumen, wie es auch in Posen in ziemlich ausgebreitetem Maße der Fall sei, über die schlechte Ernährung und die mangelhafte Körperpflege. Dies seien Faktoren, die den Arbeiter zur „Proletarier“-Krankheit (Schwindsucht) führen. Denn je mehr sich die Industrie in Deutschland entwickelt, um so schwerer wird es dem Arbeiter, das Geld für eine entsprechende Wohnung aufzubringen, da nur größtentheils Prachtbauten errichtet werden. Die Wohnungen der Arbeiter sind in den finsternen unfreundlichen Stadtvierteln in Hinterhäusern zu finden, wo Stallungen, Dunggruben, Aborte zc. vorhanden sind. Sehr oft muß der Arbeiter, da er bei seinem erbärmlichen Einkommen höchstens 8—10 Mk. für die Wohnung anlegen kann, mit feuchten Kellerwohnungen, in welche kaum das Tageslicht Eingang findet (in Posen ist daran kein Mangel, — d. Rep.) vorlieb nehmen. So sind die heutigen Verhältnisse, weshalb der Arbeiter durch Anschluß an eine wirtschaftliche Organisation, wie es die der Deutschen (Hirsch-Duncker'schen) Gewerkevereine ist, in den Kampf treten muß. Dieselbe tritt für gesunde Arbeiterverhältnisse ein, als da sind: mäßige Arbeitszeit und entsprechende Entlohnung, hygienische Einrichtung in den Betrieben und Werkstätten, um der verheerenden Lungenkrankheit, die alljährlich große Vöden in die Arbeiterreihen reißt, entgegenzutreten, denn ein großer Prozentsatz der gewerblichen Arbeiter wird jährlich im besten Alter dauernd erwerbsunfähig. Mit Freuden kann es begrüßt werden, daß die Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten sich der kranken Arbeiter annehmen, dieselben in ein Sanatorium, Volkshelstättchen oder irgend eine dem Leiden entsprechende Kuranstalt schickt, um sie, wenn irgend möglich, dem Beruf wiederzugeben und um der Zahlung einer frühzeitigen Invalidenpension vorzubeugen. Heute haben wir, so bemerkte Redner, neben Sanatorien für Lungenfranke noch etwa 20 Volkshelstättchen für lungenkranke Arbeiter in Deutschland aufzuweisen, die über 1000 Betten verfügen und in denen alljährlich ca. 2000 Arbeiter Heilung oder Besserung finden, aber diese Zahl sei zu winzig gegenüber den Hunderttausenden von lungenkranken Arbeitern. Der Vortragende brachte nun Görbersdorf zur näheren Besprechung. Neben den drei Heilanstalten (Dr. Brehmer'sche, Dr. Kömpler'sche, Dr. Weicker'sche), besteht seit 1894 auch das von Dr. Weicker vorzüglich geleitete „Krankenheim“ für Arbeiter, die von den Invaliditäts-Anstalten hierher geschickt werden und auch für Minderbemittelte eintritt. Redner schilderte in klarer und verständlicher Weise die Einrichtungen dieser Anstalten und das Patientenleben. Ganz besonders beschäftigte er sich mit der Volkshelstättchen „Krankenheim“. Aus den Schilderungen wäre etwa Folgendes erwähnenswert: Während des Kur-aufenthaltes des Vortragenden waren etwa 100 Männer und 50 Frauen aus allen Theilen Deutschlands von den Invaliditäts-Anstalten hierher zur Kur gesandt. In neun Villen im Dorfe waren die Patienten untergebracht und die Behandlung derselben lag in den Händen des Dr. Weicker und seiner zwei Assistentenärzte. Eine Hausordnung, die streng befolgt werden muß, findet sich in jedem Patientenzimmer vor. Dieselbe enthält u. a. die Bestimmung, daß bei offenem Fenster im Sommer wie im Winter geschlafen und gewohnt werden muß. Um 7 Uhr früh wird aufgestanden und um 9 Uhr Abends muß jeder Patient das Licht löschen und das Bett aufsuchen. Täglich werden 4—6 Stunden Liegekur auf eigens dazu konstruirten Liegebetten von jedem Patienten nach einem Liegeplan gemacht. Morgens beim Aufstehen und Abends beim Schlafengehen werden kalte Abreibungen des ganzen Oberkörpers vorgenommen. Jeden Morgen kurz nach 7 Uhr wird von den Ärzten jedes Krankenzimmer aufgesucht und müssen die Patienten dann Auskunft geben über ihr körperliches Befinden, können auch

Beschwerden anbringen. Alle 14 Tage war bei den Assistentenärzten, alle 3 Wochen beim Chefarzt Untersuchung der Kranken. Die Kehlkopfkranken werden fast täglich besichtigt. Außer den Kurkosten, die im Sommer 26, im Winter 28 Mk. pro Woche betragen, erhielten die „Versicherungskranken“ noch Wäsche, auch Reparaturen an Kleidungsstücken und Schuhwerk wird von den Anstalten bezahlt; im Winter gab es noch warme Gummischuhe und wollene Westen, während die Posener Versicherungsanstalt noch schöne warme Pelzermäntel lieferte und die wollenen Westen fortfallen ließ. Redner versicherte, daß die Posener Versicherungs-Anstalt sich stets als die liebevollste erwiesen hat. Dieselbe lieferte, wenn es erforderlich war, die ganze Kleidung und Wäsche neu. Hierfür gebührt dem Vorsteher, Herrn Landesrath Knobloch, der wärmste Dank aller in Görbersdorf, Lobenitz zc. gewesenen „Versicherungskranken“. Die Gewichtszunahme der Kranken war eine günstige, nur ein ganz geringer Prozentsatz blieb auf dem alten Körpergewicht stehen. Es ist in vielen Fällen vorgekommen, daß Patienten mit 20—43 Pfund Mehrgewicht nach 13 wöchiger Kur nach Hause dampften. Als arbeitsfähig wurden durchschnittlich 70% entlassen. Die Durchschnittsgewichtszunahme war bei 86% 9 Pfund. Medizin wurde verhältnismäßig wenig in Anwendung gebracht, da die beste Medizin die herrliche Gebirgsluft ist; die Schmerzen und Verdauungsstörungen der Kranken wurden größtentheils durch naturgemäße Behandlung, wie Packungen zc., mit Erfolg gehoben. Nachdem Redner sich noch über die örtliche Behandlung der Fieberkranken, über Inhalationen, Athemgymnastik und dgl. geäußert, stellte er allgemeine Betrachtungen über das Kurleben und Aussehen der Patienten an. Auch das Sommerfest und die Spaziergänge schilderte Redner in bunten lebendigen Farben. Nach Ertheilung einiger Rathschläge für Lungenfranke schloß Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Die Versammlung dankte dem Redner durch Erheben von den Sitzen. — e.

Biberach. Der Ortsverein der Tischler und verw. Berufsgenossen hielt am Sonntag, den 6. März Nachm. 3 Uhr im Gasthaus „Zum Schwan“ eine gut besuchte Versammlung ab, zu welcher auch die Verbandsgenossen, der Einladung folgend, zahlreich erschienen waren, da im letzten Theile der Tagesordnung ein Vortrag des Mitgliedes Herrn Hermann Maier über Nutzen und Schaden der Insekten verzeichnet stand. Der geehrte Herr Redner führte in 1 1/2 stündigem Vortrag ungefähr aus, wie besonders interessant die Insekten wegen ihrer Verwandlung sind, welchen Theil er dann besonders klar legte und zwar mit besonderer Berücksichtigung der Schmetterlinge. Für Europa giebt es 6092 Groß- und Kleinschmetterlingsarten, welche nach Sinne die dritte Ordnung der Insekten bilden, sie gehören zu den Gliedertieren, weil sie aus einer Reihe von Ringen bestehen. Redner erläuterte nun das ganze Nervensystem, das Athmen durch Luftröhren, die Fröhwerkzeuge, die Puppen, die Entstehung des Schmetterlings u. s. w. Ohne diese Thiere würden wir wenig Brod essen, zu welchem Punkt der Redner verschiedene Erläuterungen gab. Auch hat die Natur dadurch immer ein Gleichgewicht eingerichtet, wenn sich die eine oder andere Art stärker vermehrt, so kommen seine Feinde und zehren sie auf. Der Mensch hat durch die Zeit das Gleichgewicht etwas gestört, insbesondere durch Nuzbarmachung jedes Plazes, hauptsächlich durch Niederhauen von Hecken und Wehlichem, weshalb wir auch immer mehr angehalten werden, den schädlichen Insekten selbst auf den Leib zu rücken. Die Unwissenheit oder gar der große Aberglaube unter den Menschen zerstört die nützlichen Insekten, wie z. B. Raufkäfer, Wespen, Bienen, Schlupfwespen u. s. w. Der Redner erläuterte nun weiter die nützlichen unschädlichen Insekten, und stellte zur besseren Orientirung der Zuhörer eine Reihe von Abbildungen zur Ansicht auf, wobei die schädlichen Insekten an den Obstbäumen ganz besondere Berücksichtigung fanden. Zum Schlusse gab der Vortragende noch ein Bild über die so verheerend wirkende Reblaus, hierbei noch verschiedene Mittel gegen das zu große Ueberhandnehmen derselben andeutend. Der Redner erntete für seinen so klar und sachlich ausgeführten interessanten Vortrag den ungetheilten Beifall der ganzen Versammlung, worauf der Vorstehende Herr F. Rupp demselben Namens der Versammlung den besten Dank aussprach mit dem Wunsche, Herr Maier möchte uns zu gegebener Zeit wieder mit einem solch belehrenden Vortrag beehren. Georg Wiedersay, Sekretär.

Berlin. Der Ortsverein der Tischler III (Moabit) begeht Sonnabend, den 19. März, Abends 8 1/2 Uhr im Viktoria-Saal, Berlebergerstraße 13 sein 14. Stiftungsfest, zu welchem Freunde und Genossen hiermit höflichst eingeladen werden. Billets sind zu haben bei den Herren E. Hirsch, Gerhardtstr. 17, E. Jäger, Rostockerstr. 18 und dem Unterzeichneten.

A. Röbel, Sekretär, Rostockerstr. 22.

Berlin. Der Ortsverein der Tischler und verwandten Berufsgenossen (West) begeht am Sonnabend, den 19. März 1898, sein Stiftungsfest, zu welchem Freunde und Genossen hierdurch freundlichst eingeladen werden. Billets sind bei den Herren Gercke, Potsdamerstr. 42, Kühn, Willibald Alexistr. 11 und dem Unterzeichneten zu haben.

E. Knuth, Sekretär, Steinhilberstr. 45.

Berlin. Der Ortsverein der Tischler — Nord — begeht am Sonnabend, 19. März, Abends 8 1/2 Uhr, die Feier seines zehnjährigen Bestehens in Fey's Gesellschaftssäle, Brunnenstr. 184, unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Echo“; anschließend Ball. Freunde und Gönningensgenossen sind zu zahlreicher Theilnahme ganz ergebenst eingeladen. Eintrittskarten à Person 50 Pf. sind bei Herren F. Voehrke, Hochstr. 32, Hof pt., W. Noack, Swinemünderstr. 52 und dem Unterzeichneten zu haben. Ludw. Reimer, Sekretär, Gerichtsstr. 86, III.

Briefkasten.

S. S. in Berlin. Die zur Abendunterhaltung des „Medizinalverbandes der deutschen Gewerkevereine zu Berlin“ am 13. März, Abends 7 Uhr einladende zur Veröffentlichung eingesandte Anzeige ging, da dieselbe

Hinsichtlich der Einrichtungen zur Förderung der geistigen und sittlichen Entwicklung der Arbeiterbevölkerung machen sich ebenfalls Fortschritte bemerklich. Hier findet das für die Entwicklung des Lehrlingswesens höchst wichtige Fortbildungsschulwesen (258 Anstalten mit 31 496 Schülern im Schuljahre 1894/95) Erwähnung, ferner die (49) Vereine und Anstalten, welche sich mit der Beschäftigung und nützlichen Unterhaltungen der Lehrlinge außerhalb ihrer beruflichen Arbeitszeit befassen, dann die segensreichen Einrichtungen zum Zwecke der fachlichen Weiterbildung erwachsener Arbeiter, endlich die mancherlei bemerkenswerthen Unternehmungen zur Hebung der allgemeinen Bildung der Arbeiter, wie Veranstellung von Unterrichtskursen, von musikalischen und sonstigen Vorträgen, Errichtung von Bibliotheken zc. für die Arbeiterschaft.

Beklagt wird es, daß das für Förderung der Sitte und Bildung so wichtige Familienleben bei einem großen Theile der Arbeiterbevölkerung durch die gewerbliche Arbeitsleistung der Frau eine Einbuße erleidet; es müßten daher diejenigen Bemühungen, welche eine Hebung des Familienlebens der Arbeiterschaft zum Ziele haben, in besonderer Maße gefördert werden.

Ein Vergleich der nun fast zwei Jahrzehnte umfassende Berichte führt zu der Erkenntnis, wie immer weitere Gesellschaftskreise, nicht zum wenigsten die von der Bewegung in erster Linie berührten Arbeitgeber, in neuester Zeit allmählich auch die Kommunalverwaltungen, sich den Arbeiterbestrebungen sympathisch gegenüberstellen, weil sie in der Hebung des Arbeiterstandes ebenso sehr ein Gebot der Gerechtigkeit wie des allgemeinen kulturellen Fortschrittes erblicken, denn „der Freund der Arbeitersache wird diese wohlwollende, übrigens jede einseitige Bevorzugung der Arbeiterschaft ausschließende Stellungnahme willkommen heißen. Eine Besserstellung der Arbeiterbevölkerung läßt sich nur im Zusammenhange mit der übrigen Kulturentwicklung, unter Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen anderer Gesellschaftsklassen erreichen. Dieser Gesichtspunkt muß maßgebend sein für die Grenzen und für das Tempo der Sozialreform.“

Rundschau.

Aus Kulmbach in Bayern ging uns vor einigen Wochen eine Beilage der Nr. 7 der „Deutschen Böttcher-Zeitung“ zu, in welcher ein „ellenlanger“ Bericht über eine am 30. Januar in Kauerndorf, einem eine Stunde von Kulmbach entfernten Orte, abgehaltene Versammlung des sogenannten „Centralvereins der Deutschen Böttcher“ enthalten war. Die den „Gewerkverein der Deutschen Tischler (Schreiner) und verw. Berufsgenossen“, bezw. unseren Ortsverein Kulmbach in diesem Bericht enthaltenden, schwer beleidigenden Stellen, seien hier wiedergegeben:

„Nach Erledigung der Bureauwahl erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Jakob Mayr-Mürnberg das Wort. Redner schildert in eingehender Weise den Zweck und Nutzen der modernen Arbeiterorganisationen, nur durch diese seien bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen; er kritisiert die Handlungsweise der Hirsch-Dunckerianer, die bei jeder Gelegenheit eines Ausstandes ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen, was sie auch hier in Kulmbach bei der Maßregelung der Böttner im „Beybräu“ wieder deutlich bewiesen haben. Mit der Aufforderung an die Kollegen, die dem Hirsch-Duncker'schen Gewerkverein angehören, sich doch zum Wort zu melden, schloß der Referent seine bereits einstündigen Ausführungen unter lebhaftem Beifall der Anwesenden. Obgleich der Vorsitzende die Erstgenannten nochmals aufforderte, so wagte (! D. Red.) es doch Keiner, dem Kollegen Mayr entgegenzutreten, sie wußten ja genau, daß derselbe mit seinen Ausführungen Recht hatte.“ (?? D. Red.)

Nachdem nun der Hergang der zur Entlassung einiger Kollegen geführten Ursache in der kleinlichsten Weise geschildert — ob es zur Füllung des Blattes oder aus anderen Gründen geschehen, ist nicht ersichtlich —, findet sich dann weiter in diesem Bericht wieder eine Stelle, die den vorstehenden Abdruck gemachter Äußerungen denn noch arg in den Schatten stellt. Es heißt da:

„Das Verhalten der Hirsch-Dunckerianer bei dieser Gelegenheit erfuhr eine herbe Kritik. Der Vorstand derselben, Oberböttner Peter Graser, Aktien-Brauerei Rizzi, sagte sogar, daß er dafür sorgen werde, daß bei den Meistern, wo die Gesellen nur zehn Stunden arbeiteten, kein Faß mehr gekauft wird. (Pfiu Teufel!) Hier sieht man also deutlich, wie der Hirsch-Duncker'sche Gewerkverein für die Interessen der Arbeiter eintritt, anstatt für die Verkürzung der Arbeitszeit zu propagieren, erklärt sein Vorsitzender, daß bei den Meistern kein Faß mehr gekauft werden soll, wo die Kollegen die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt haben. Kollegen, die Ihr denselben angehört, öffnet Eure Augen und Ihr werdet finden, daß Euer Platz nur im „Centralverein der Deutschen Böttcher“ sein kann, daß nur von diesen Eure Interessen gewahrt werden“

Hierzu zu urtheilen müßte ja der „Gewerkverein der Deutschen Tischler zc.“ die unwürdigste Arbeiterorganisation sein, die, entgegen den statuarischen Bestimmungen, ihre Mitglieder zu unlauteren Handlungen zwingt. Doch wie liegt nun das Verhältniß? Ueber die ersten Behauptungen des Herrn Mayr, daß die Gewerkevereiner bei jeder Gelegenheit eines Ausstandes ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen, werden wir, da uns von den Kulmbacher Genossen das Gegentheil geschrieben wird, dem Referenten Gelegenheit geben, hierfür den Beweis anzutreten. Gegenüber der Aufforderung des Vorsitzenden an die Gewerkevereinsmitglieder sich zum Wort zu melden, was nicht geschah, sei einfach bemerkt, daß dies aus dem Grunde nicht möglich, weil Gewerkevereinsgenossen überhaupt nicht anwesend waren. Da aber andernteils die Behauptung für die Handlungsweise des Herrn Peter Graser denn doch eine gar zu Kühne war, nahm derselbe Veranlassung, die Angelegenheit dem Rechtsanwalt Herrn J. Müller in Kulmbach zu unterbreiten, der uns nun folgendes darüber berichtet:

„Im Auftrage des Oberböttner's Peter Graser dahier, Vorsitzenden des hiesigen Ortsvereins der Böttner (Hirsch-Duncker) beehre ich mich mitzutheilen, daß derselbe wegen der ihm in einer Berichterstattung der „Deutschen Böttcher-Zeitung“ in den Mund gelegten Äußerung: „Peter Graser sagte sogar, daß er dafür sorgen werde, daß bei den Meistern, wo die Gesellen

nur zehn Stunden arbeiteten, kein Faß mehr gekauft wird. (Pfiu Teufel!)“, doppelte Genugthuung erhalten hat.

Denn in ihrer Nummer 9 hat die „Deutsche Böttcher-Zeitung“ die von Herrn Peter Graser unterzeichnete Berichtigung nach § 11 des Preßgesetzes eingeklagt, und jetzt hat auch der Verbreiter dieser unwahren Nachrede, der Böttnermeister Georg Klemenz hier, in den hiesigen Tagesblättern diese seine Nachrede als durchaus unwahr widerrufen, dem Herrn Graser Abbitte geleistet und die Kosten der in Aussicht genommenen Beleidigungsklage übernommen.“

Wie durch diesen Bericht erwiesen, wie wenig Wahrheitsliebe bei gewissen Leuten vorhanden, so ist dies auch schon bei verschiedenen anderen Gelegenheiten geschehen, worüber demnächst noch Eröffnungen folgen werden. Allen nichtorganisirten Berufskollegen können wir jedoch nur empfehlen, sich von solchen „wahrheitsliebenden“ Agitatoren abzuwenden und der wahren Vertretung der Arbeitersache, der Organisation der Deutschen Gewerkevereine, und zwar für die Berufskollegen dem „Gewerkverein der Deutschen Tischler (Schreiner) und verw. Berufsgenossen“ anzuschließen. X.

Ueber die Strafbarkeit unzulässiger Lohnabzüge wegen vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer verwendeter Invaliditäts- und Altersversicherungs-Marken führt das Reichsgericht in einem Urtheile vom 8. April 1897 aus: „Der § 148 des Reichsgesetzes vom 22. Juni 1889 bedroht unter Nr. 1 mit der in § 147 festgesetzten Strafe die Arbeitgeber, welche den von ihnen beschäftigten, dem Versicherungszwange unterliegenden Personen wissentlich mehr als die Hälfte des für die beiden letzten Lohnzahlungsperioden verwendeten beziehungsweise in denselben fällig gewordenen Betrages von Marken bei der Lohnzahlung in Anrechnung bringen. Die Worte des Gesetzes sind völlig klar. Der Gesetzgeber wollte verhindern, daß die Arbeitgeber die ihnen nach dem Gesetze obliegende Beitragspflicht (vgl. § 109) ökonomisch auf die Arbeitnehmer abwälzen, und bedrohte deshalb nicht nur in § 147 alle darauf abzielenden Vereinbarungen und Bestimmungen mit Nichtigkeit, sondern stellte auch die den bezeichneten Erfolg verwirklichenden Maßnahmen der Arbeitgeber unter Strafe. Die Strafvorschrift des § 148 Nr. 1 des Gesetzes ist aber nach ihrer Fassung absolut. Jeder Arbeitgeber verfällt ihr, der dem versicherungspflichtigen Arbeitnehmer mehr als die Hälfte des im Gesetze bezeichneten Markenbetrages bei der Lohnzahlung anrechnet. Das Gesetz gestattet schlechterdings nicht die Anrechnung eines höheren Betrages, es umfaßt und trifft jede wissentliche Ueberschreitung der gezogenen Grenze.“ Unkenntnis des Gesetzes und des Verbots höherer Abzüge entschuldigt, wie weiter ausgeführt wird, den Thäter nicht, da es sich dabei nicht um einen thatsächlichen Irrthum, sondern um einen Irrthum über den Inhalt des Strafgesetzes selbst handelt. Mit dem Thatbestande des § 148 nat. kann der Thatbestand des Betruges ideel konkurriren, da es nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen ist, im § 148 des Gesetzes eine besondere Art des Betruges zu konstruieren und unter Strafe zu stellen. Eine sogenannte Gesetzeskonkurrenz liegt daher nicht vor, sondern Idealkonkurrenz, sobald die Kriterien des § 263 Str.-G.-B. zugleich vorliegen.“

Die Unterstüzung des Baues von Arbeiterwohnungen durch die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten wird immer umfassender. Während am Ende 1896, also nach Verlaufe von fünf Jahren seit dem Inkrafttreten des Gesetzes, 12, Mill. dafür verwendet worden waren, waren Ende 1897 für den Bau von Arbeiterwohnungen 21, Mill. bereitgestellt oder hergegeben. In dem letztverfloffenen Jahre wurden also 9, Mill. für Arbeiterwohnungen angelegt, während auf den Durchschnitt der fünf vorhergegangenen Jahre nur 2, Mill. entfielen. Da das Gesetz den Kommunalverbänden bezw. den Zentralbehörden der Bundesstaaten, für welche die Versicherungsanstalten errichtet sind, gestattet, bis zum vierten Theile das Vermögen der letzteren anders anzulegen, als dies für die Vermögen der Berufsgenossenschaften vorgeschrieben ist, und die Vermögen der Versicherungsanstalten sich auf mehrere Hunderte von Millionen belaufen, so würde kein Hinderniß im Wege stehen, daß der Bau von Arbeiterwohnungen noch kräftiger als bisher aus den Vermögen der Versicherungsanstalten unterstüzt wird.

R. Unser englischer Korrespondent schreibt uns: Die Spuren des Maschinenbauertampfes sind immer noch nicht verwischt. Noch ist ein Theil der Ausländigen nicht in seine frühere Stellung zurückgekehrt, theils weil noch Streikbrecher dieselben besetzt halten, theils weil die Unternehmer eben zum Theil ihr gegebenes Wort nicht halten und von einzelnen Arbeitern verlangen, daß dieselben aus der Trade-Union austreten sollen. Doch diese Reste der Ausländigen werden bald Anstellung gefunden haben, denn nur ein Narr könnte noch weiterhin sich weigern seine Fabrik zu öffnen, während alle anderen Werke mit aller verfügbaren Kraft an die Arbeit gegangen sind, welche sich enorm angehäuft hat. Dieser Ueberfluß an Arbeit verbessert übrigens auch die Rechnung einiger Zeitungen, welche gar zu große pekuniäre Verluste für die Arbeiter herausgerechnet hatten. Die Löhne werden natürlich steigen, und diese Steigerung ist doch wenigstens von den Kosten der lohnlosen Tage in Abzug zu bringen. — Leider droht für England ein neuer empfindlicher Ausstand. Der Verband der Kohlenbergwerksbesitzer in Süd-Wales hat seinen Bergleuten (rund 100 000 an Zahl) zum 31. März gekündigt. Bisher richteten sich die Löhne nach einer gleitenden Lohnskala. Die jedesmalige Nothwendigkeit einer Lohnveränderung wurde durch Vertreter der Unternehmer und Bergleute alle zwei Monate festgestellt. Sollte einer der Parteien die festgesetzte Skala nicht mehr genügend erscheinen, so war halbjährliche Kündigung vorgesehen. Von diesem Rechte haben die Bergleute am 1. Oktober vorigen Jahres Gebrauch gemacht, vermutlich deshalb, weil sie ein Lohnminimum, welches bisher fehlte, festgesetzt haben

möchten. Die Unternehmer hatten von der Kündigung ohne weitere Andeutung etwaiger Maßregelung Kenntnis genommen, nunmehr aber, wo der Termin des Außerkräftretens der Scala nahegerückt ist, gekündigt. Wenn bisher darüber noch etwa Zweifel herrschten, ob die Scala für die Unternehmer oder die Arbeiter günstiger war, so möchten jene Zweifel durch diese Maßregel der Unternehmer wohl völlig gehoben sein. Versuche, einen Ausgleich zwischen den Unternehmern und den Arbeitern herbeizuführen, sind bis jetzt gescheitert. Alle Konferenzen zwischen den Arbeitnehmern und Arbeiterdeputierten sind resultatlos verlaufen. So steht denn die Sachlage höchst böse aus und es ist sogar fraglich, ob die Bewegung auf Süd-Wales beschränkt bleiben wird. Die Arbeiter von Wales sind hartnäckige Kämpfer, das haben im vorigen Jahre die Leute des Lord Penrhyn bewiesen. Da die Unternehmer aber ebenso unbeugsam sind, so ist der Verlauf der Angelegenheit garnicht abzusehen. —

An Rohmaterial wie fertigen Korbflechtwaren bezifferte sich die Ein- und Ausfuhr Deutschlands im Monat Dezember und für die Zeit vom 1. Januar bis Ende Dezember 1897, verglichen mit dem Vorjahre in Doppelzentnern, nebst den Ein- und Ausfuhrwerthen (in 1000 Mk.) des Jahres 1897 mit Berücksichtigung der Vorjahre:

an	Einfuhr.		Ausfuhr.	
	Dezbr.	Im Vorjahre.	Im Dezbr.	Im Vorjahre.
Bambus-, Pfeffer- u. Rohr, roh	2556	1254	23066	16924
Stuhlrohr, ungespalten u.	9044	7790	121467	99303
Stuhlrohr, gefärbt, gebeizt u.	137	348	1362	980
Korbweiden und Reifensstäbe, ungeschält	691	2548	27923	46064
Korbweiden und Reifensstäbe, geschält	698	627	14939	16530
Korbflechtwaren, grob, gefärbt u. ungeschält	464	460	4698	4449
Korbflechtwaren, fein	51	31	618	477

	Einfuhrwerth			Ausfuhrwerth		
	1897.	1896.	1895.	1897.	1896.	1895.
Bambus-, Pfeffer- u. Rohr, roh	1153	846	748	303	298	233
Stuhlrohr, ungespalten u.	6223	4965	4493	1008	810	799
Stuhlrohr, gefärbt, gebeizt u.	109	78	34	2181	2047	2264
Korbweiden und Reifensstäbe, ungeschält	279	461	400	206	134	86
Korbweiden u. Reifensstäbe, geschält	523	579	329	486	434	367
Korbflechtwaren, grob, gefärbt und ungeschält	144	135	114	674	807	820
Korbflechtwaren, fein	139	107	104	2404	2357	2235

Feine Korbflechtwaren wurden ausgeführt nach:

	Dezbr.	Jan. bis Dezbr.
Belgien	56 Dc.	395 Dc.
Frankreich	75 "	666 "
Großbritannien	119 "	2282 "
Niederlande	39 "	1294 "
Oesterreich-Ungarn	29 "	389 "
Schweiz	30 "	989 "
Vereinigte Staaten von Amerika	131 "	1602 "

Aus den Ortsvereinen.

Eiberfeld. Am Sonntag, den 6. März, Nachmittags 5 Uhr, hielt der hiesige Ortsverein der Tischler und verwandten Berufsgenossen im Vereinslokal eine außerordentliche Gewerke-Versammlung ab, die zahlreich besucht war. Unser Vereinsgenosse Toussaint-Düsseldorf hatte gütigst das Referat übernommen: „Was thut der bedrängten deutschen Arbeiterschaft noth?“ Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 6 Uhr, hieß die Verbandsgenossen und Freunde herzlich willkommen und ertheilte sodann dem Referenten das Wort zum Vortrag. Werthe Genossen und Freunde, lesen wir die heutige Presse, so werden wir vieles finden, was geschaffen und neues gemacht wird; wir werden aber niemals finden, daß sie sich mit der Arbeiterfrage beschäftigt oder vielmehr, daß etwas Gutes für den Arbeiter geschaffen würde. Der Arbeiter ist auf sich selbst angewiesen und muß sich organisiren; die Hauptsache ist nur, daß er sich einer starken Organisation anschließt, die auch dem Kapital die Spitze bieten kann. Denn das Beispiel haben wir in England gesehen bei dem großen Maschinenbauerstreik, was eine starke Organisation leisten kann, trotzdem war sie aber noch nicht stark genug. Was eine Organisation hilft, wissen wir ja von den Gewerkevereinen. Alsdann beleuchtete der Referent die Wohnungsmiethen, die immer mehr im Steigen sind. Ein Drittel des Verdienstes für Miethen, zwei Drittel für die Familie u. s. w. Nehmen wir an, ein Arbeiter verdient 2,50—3 Mk. pro Tag, was ja vielfach nur der Fall ist, ob es bei solchem Verdienst wohl möglich sei, die Familie zu unterhalten, geschweige anständig zu leben, so müssen wir dies verneinen. Sodann führt der Redner die Spar- und Baugenossenschaften an, wodurch dem Arbeiter billige und gesunde Wohnungen zu Theil würden; durch die Gewerkevereine sind solche schon in vielen Orten eingeführt, auch in Eiberfeld und Düsseldorf wären die Gewerkevereine jetzt damit beschäftigt, eine solche Genossenschaft ins Leben zu rufen. Eine fernere Aufgabe des Gewerkevereins sei die Pflege des Bildungswesens. Auch im gewerblichen Leben wären die Ge-

werkevereine thätig, indem sie sich mit den Gewerbe-Inspektoren in Verbindung setzten und Abhilfe schafften, wo es nöthig ist. Bei dem großen Bochumer Gruben-Unglück haben wir gesehen, wie wenig sich die Arbeiter um die Gewerbe-Inspektion kümmern. Die Leute sind dort gefragt worden, ob sie denn nie einen Gewerbe-Inspektor oder vielmehr einen Bergvater gesehen hätten; sie verneinten dies und sagten, den kennen wir nicht. Der Referent erläuterte dann noch das Unterstützungswesen und zeigte, was der Gewerkeverein für den wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. bietet. Er wies dann auf die Krankentasse des Gewerkevereins der deutschen Tischler hin, die den Mitgliedern in Krankheitsfällen eine Unterstützung gewährt; denn von den 9 oder 10 Mk., die die Ortskrankentasse zahle, kann der Arbeiter mit seiner Familie nicht bestehen. Auch sind in verschiedenen Orten Medizinalkassen eingeführt bei einem geringen Beitrag. Redner kam dann noch auf die Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter zu sprechen und mahnte, entschieden gegen eine weitere Verschärfung einzutreten. Nach diesen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten wurde die seitens des Ortsverbands-Vorsitzenden eingebrachte Resolution verlesen und auch einstimmig angenommen: „Die heutige außerordentliche Versammlung des Ortsvereins der Tischler und verwandten Berufsgenossen zu Eiberfeld erblickt in dem geheimen Rundschreiben des Staatssekretärs Grafen v. Posadowsky einen Versuch zur Beschränkung der Koalitionsfreiheit. Die Versammlung meint, daß die jetzigen Bestimmungen des § 153 der Gewerbe-Ordnung schon scharf sind, wie dies aus verschiedenen richterlichen Erkenntnissen hervorgeht, und protestirt daher auf das Energischste gegen derartige Maßnahmen und erwartet, daß alle Bestimmungen, welche die Koalitionsfreiheit beschränken, in Wegfall kommen.“ — Zum Schluß ersuchte der Referent die anwesenden Berufsgenossen zum Beitritt in den Gewerkeverein; hierauf ließen sich vier Kollegen einzeichnen. Bemerkte sei noch, daß die Diskussion eine sehr rege war, denn nicht nur verschiedene Verbandsgenossen, auch die Genossen Schumacher und Langwald von Düsseldorf theilnahmen sich daran. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung um 8 Uhr Abends. Dem Referenten für seinen interessanten Vortrag, sowie den Genossen Schumacher und Langwald-Düsseldorf, die sich der Mühe unterzogen hatten, uns zu besuchen, sei noch besonderer Dank ausgesprochen. Ph. Eichel, Sekretär.

Nürnberg II. (Büttner). Sonntag, den 6. März tagte im Restaurant „Kranich“ die ordentliche Monatsversammlung des Ortsvereins der Büttner. Die gut besuchte Versammlung eröffnete der Vorsitzende Herr Ringler um 4 1/2 Uhr mit folgender Tages-Ordnung: 1. Protokoll, 2. Ein- und Ausläufe, und 3. Geschäftliches. Das Protokoll der letzten Monatsversammlung, sowie das der außerordentlichen Mitglieder-Versammlung vom 13. Januar, wurden verlesen und genehmigt. Es wurde dann dankend Kenntnis genommen von der Bewilligung weiterer 30 Mk. seitens des Generalraths zur ferneren Agitation und Deckung der schon gemachten Ausgaben hierfür. Im Geschäftlichen stellte Genosse Krämer den Antrag: Ein jedes Mitglied solle bei eintretendem Todesfall einen Nachruf aus den Mitteln der Ortsvereinskasse erhalten, als Zeichen ehrenden Andenkens. Er begründete sein Antrag, dem auch Kollege Regers zustimmte, jedoch mit dem Unterschiede, die entstehenden Unkosten aus der Lokalkasse zu decken. Unterzeichneter erläuterte die Angelegenheit dahin, daß der Verein nach den statutarischen Bestimmungen nicht berechtigt sei, derartige Ausgaben aus der Ortsvereinskasse zu decken, sondern daß dies Privatsache wäre und daher aus der Lokalkasse beglichen werden muß. Jedoch empfiehlt Unterzeichneter, da wir auch mit den Mitteln der Lokalkasse sparsam umgehen müssen, und des verstorbenen Genossen Name doch auch in der Sterbetafel veröffentlicht wird, die Nachricht eines Todesfalles unseren Genossen im Versammlungsbericht zu veröffentlichen, und den Antrag Krämer abzulehnen. Durch die Abstimmung wurde dann auch der Antrag Krämer mit Majorität abgelehnt und beschlossen, daß es eigene Sache sei, wenn dieselben den dahingeshiedenen einen Nachruf widmen wollen. In ehrender Weise gedachte ferner der Vorsitzende Herr Ringler des verstorbenen Genossen Herrn Georg Körner, welcher seit langen Jahren dem Büttnergehilfenverein, sowie dem Ortsverein seit seinem Bestehen angehörte, bedauerte tief, in ihm einen Genossen im jugendlichen Alter von 26 Jahren verlieren zu müssen, welcher mit großem Interesse die Grundsätze des Gewerkevereins nach allen Seiten förderte, wie er u. a. auch thätig war bei der Gründung des Ortsvereins der Büttner Ansbach; es möchten daher alle, die ihn kannten, ihm ein gutes Andenken bewahren. Zu letzterer Zustimmung appellieren wir auch an den Ortsverein Ansbach. Zum Zeichen ehrenden Andenkens erhoben sich sämtliche Anwesenden von ihren Sitzen. Vorsitzender dankte denselben und schloß nach beendeter Tagesordnung die Versammlung um 6 Uhr Abends. Fr. Müller, Sekretär.

Berlin. Der Erste Ortsverein der Tischler und verwandten Berufsgenossen beschäftigt am 12. April (3. Osterfeiertag) die Glaswerke von Boeck & Kersten in Charlottenburg, zu welcher Freunde und Genossen, insbesondere unsere Brudervereine freundlichst eingeladen werden. Treffpunkt am Bahnhof Thiergarten Vorm. 9 1/2 Uhr. Ad. Fröhke, Sekretär.

Briefkasten.

F. S. in Stafffurt, N. P. in Königsberg, F. M. in Nitzdorf, F. S. in Düsseldorf u. A. Erst in nächster Nr. möglich.

134. Bureaufizung.

Verhandelt Berlin, den 21. März 1898, Vormittags 10 1/4 Uhr.

1. Leipzig-Vindenu. Das eingereichte Hilfsfonds-gesuch wird dem Generalrath überwiesen; der Ausschuß wird aufgefordert, für die Folge die Angaben auf dem Formulare zutreffend zu verzeichnen, denn das Mitglied ist

